



Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Ansprechpartner/in: Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bültge@stadt-koeln.de

Datum: 02.04.2008

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 14.02.2008, 15:30 Uhr bis 17:02 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Walter Kluth SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernhard Ensmann	CDU	
Frau Hildburg Holländer	CDU	als Stellvertreterin für Herrn Lierenfeld
Herr Stephan Pohl	CDU	
Herr Henk van Benthem	CDU	als Stellvertreter für Herrn Simons
Herr Dr. Ralf Heinen	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Herr Ossi Werner Helling	Grüne	
Herr Arif Ünal	Grüne	
Herr Mark Stephen Pohl	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Michael Kellner	Die Linke.Köln
Frau Regina Wilden	pro Köln

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Frau Helga Eylert	auf Vorschlag der CDU
Frau Dr. Christiane Köhler	auf Vorschlag der CDU
Frau Heide Lore Puttkamer	auf Vorschlag der CDU
Frau Dr. Uta Renn	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Walter Schulz	auf Vorschlag der SPD
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Manfred Neugroda	auf Vorschlag der Grünen
Herr Manfred Hilgers	auf Vorschlag der FDP

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt
Frau Helga Blümel	Amt für Diakonie
Herr Peter Krücker	Caritasverband
Frau Monika Dierksmeier	DPWV

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 a der Hauptsatzung

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertretung
Herr Viktor Ostrowski	auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Carl-Wilhelm Rößler	auf Vorschlag der StadtAG Behindertenpolitik

Verwaltung:

Frau Bredehorst, V
Frau Preßmar-Cuber, V/1
Frau Fohlmeister, V/2
Frau Reinecke, V/3
Herr Santelmann, 50
Herr Oster, 501
Herr Schleicher, 56 + 5620
Herr Müller-Starmann, ARGE

Schriftführerin:

Frau Bültge, 57

Ausschussvorsitzender RM Herr Kluth weist auf die aktuelle erweiterte Tagesordnung hin, in der die fett gedruckten Teile neu hinzugekommen sind. Außerdem solle TOP 10.1 an den Anfang der Sitzung gesetzt werden.

Die übrigen Ausschussmitglieder stimmen der aktuellen erweiterten Tagesordnung zu.

Demnach ergibt sich folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin für die heutige Sitzung

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

- 10.1 Zukunftsinitiative StadtRegion Köln-Rhein-Erft:
Gemeinsame Beschlussvorlage der Städte Frechen, Hürth, Köln und Pulheim sowie des Rhein-Erft-Kreises für die zeitgleiche Beratung in den politischen Gremien über die Ergebnisse (Ziele und Maßnahmen) der "Interkommunalen Integrierten Raumanalyse" (IIRA)
3921/2007

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ARGE
hier: mündliche Anfrage von Herrn Ensmann vom 10.01.2008
0516/2008

3.2 Anfrage des Ratsmitgliedes Herr Ünal (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
hier: Abschlussbericht zum Qualifizierungs- und Vermittlungsprojekt im Rahmen
der Umsetzung des Bleiberechts
0508/2008

4 Mitteilungen

4.1 Antirassismus-Training
0123/2008

4.2 Seniorenvertreterwahl 2006
0450/2008

4.3 Entlastungsdienste für Menschen mit Demenz
0451/2008

4.4 Evaluierung neuer Modelle der politischen Partizipation, Experimentierklausel GO
NRW
0489/2008

4.5 Bericht der U 25 Arbeitskonferenz
0511/2008

4.6 Wohnraumförderung aus Mitteln des Landes NRW im Jahre 2008
0580/2008

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

5.1 Sachstand ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
0522/2008

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

- 6.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 01/2008
0597/2008

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

- 8.1.1. Projekt Disability Management (DIMA)
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 21.12.2007
AN/1723/2007
Zu Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 21.12.2007
8.1.1 hier: Projekt Disability Management (DiMa) der ARGE
0513/2008
- 8.1.2. Situation der Wohnungslosen in Köln
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 21.12.2007
AN/1724/2007
Zu Beantwortung der Anfrage bezüglich der Situation der Wohnungslosen in
8.1.2 Köln
0057/2008
- 8.1.3. Bedarfsgerechtes Wohnraumangebot in Köln
hier: Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
09.01.2008
AN/0019/2008

Beantwortung siehe im nÖT unter TOP 16.1

- 8.2 Aktuelle Anfragen

- 8.2.1. Sozialarbeit in Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 21.01.2008
AN/0168/2008
- 8.2.2. Wohnraumförderungsgesetz (WoFG)
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 22.01.2008
AN/0179/2008
Zu Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln zum Wohnraum-
8.2.2 förderungsgesetz (WoFG)
0479/2008
- 8.2.3. Integrationsarbeit in der ARGE Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.02.2008
AN/0225/2008

- 8.2.4. Integration in den ersten Arbeitsmarkt
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 08.02.2008
AN/0230/2008

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

- 9.1 Verfahren zur Umsetzung der Anschubfinanzierung für in Gründung befindliche Interkulturelle Zentren bereits vor Anerkennung als Interkulturelles Zentrum nach der Richtlinie zur Anerkennung und Förderung von Interkulturellen Zentren vom 29.10.2007
0243/2008
- 9.2 Förderung von Frauenprojekten im Sozialbereich (2008)
0171/2008
- Förderung von Frauenprojekten im Sozialbereich (2008)
Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 13.02.2008
AN/0273/2008

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 11.1 Rahmenkonzept der Kölner Bürgerhäuser und Bürgerzentren - Neufassung
4848/2007
- Von der Verwaltung zurückgezogen*
- 11.2 Fortsetzung des Öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft gemäß § 44 b SGB II zwischen der Agentur für Arbeit Köln und der Stadt Köln (ARGE-Vertrag)
4529/2007

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

- 12.1 Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
hier: Empfehlung zu Induktionsanlagen für hörgeschädigte Menschen
0283/2008

13 Anfragen

- 13.1 Anfrage der SE Frau Kleinpaß-Börschel vom 14.02.2008
Pflegerische Angehörige mit Sozialhilfeanspruch
- 13.2 Anfrage der SE Frau Kleinpaß-Börschel vom 14.02.2008
Monatskarte für Kölnpass-Empfänger

- 13.3 Anfrage des RM Frau Holländer vom 14.02.2008
Betreuung des Ortsteils Lindweiler durch die ARGE

II. Nichtöffentlicher Teil

- 14 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 15 Beantwortungen von Anfragen**
- 16 Mitteilungen**
- 16.1 Bedarfsgerechtes Wohnraumangebot in Köln
0610/2008
Siehe Anfrage unter 8.1.3
- 17 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 18 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 19 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO**
- 20 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 21 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 22 Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin für die heutige Sitzung

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren benennt Frau Barbara Bültge zur Schriftführerin für die heutige Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

10.1 Zukunftsinitiative StadtRegion Köln-Rhein-Erft: Gemeinsame Beschlussvorlage der Städte Frechen, Hürth, Köln und Pulheim sowie des Rhein-Erft-Kreises für die zeitgleiche Beratung in den politischen Gremien über die Ergebnisse (Ziele und Maßnahmen) der "Interkommunalen Integrierten Raumanalyse" (IIRA)¹ 3921/2007

Ausschussvorsitzender RM Herr Kluth informiert darüber, dass Frau Lippke und Herr Drese vom Stadtplanungsamt einen etwa 15-minütigen Vortrag halten werden. Er schlägt für die SPD-Fraktion vor, die Beschlussfassung zu vertagen, da man fraktionsintern noch Abstimmungsbedarf mit den Bereichen "Stadtentwicklung" und "Wirtschaft" habe. Die übrigen Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag zu.

Frau Lippke und Herr Drese stellen anhand einer PowerPoint-Präsentation die Planungen zur IIRA – Interkommunalen Integrierten Raumanalyse vor.

Eingangs erklärt Herr Drese kurz die Notwendigkeit der IIRA, die u. a. mit der Überholungsbedürftigkeit des Flächennutzungsplanes (FNP) und mit den regionalen übergreifenden Problemen (z. B. Großmarkt) zusammenhänge.

Zur Fortschreibung des FNP sei eine Bürgeranhörung geplant. Der regionale Aspekt der Analyse soll die Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten Pulheim, Frechen, Hürth, dem Rhein-Erft-Kreis, Wesseling und Brühl festigen. Zu diesem Zweck finde mit den genannten Städten am 16.06.2008 eine Fachkonferenz im Rheinforum in Wesseling statt. Hier werden die in der Beschlussvorlage aufgeführten Planungsempfehlungen in Arbeitskreisen weiter ausgearbeitet.

Die Raumanalyse bestehe aus einem siedlungsgeographischen und einem ökologischen Teil. Diese beiden Teile werden in einer integrierten Planungsempfehlung zusammengefasst.

Anschließend geht er näher auf die Bereiche "Wohnen und Soziales" ein und stellt einen Plan vor, der für jeden Stadtteil eine Aussage trifft, wie dort die Infrastruktur-Versorgung z. B. in Bezug auf Schulen, Kindergärten und ältere Mitmenschen aussieht. Diese Grundlagendaten seien von der Sozialverwaltung zur Verfügung gestellt worden. Allerdings sei es für die FNP-Planung sehr schwierig, hier so tief einzusteigen.

¹ Die Folien des Vortrags sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Frau Lippke erläutert einzelne Aspekte der ökologischen Handlungsebene der Raumanalyse und stellt am Beispiel "Boden" die unterschiedlichen Bodentypen und deren Schutzwürdigkeit im Kölner Norden und im Kölner Westen dar. Auf die gleiche Art widmet sie sich den Beispielen "Klima", "Natur und Lebensraum" sowie "Orts- und Landschaftsbild". Anhand der naturräumlichen Tabukarte verdeutlicht sie, in welchen Bereichen aus ökologischer Sicht eine weitere Siedlungsbebauung ausgeschlossen werden sollte oder wo nur eine vorsichtige Bebauung, z. B. aus klimatischen Gründen, empfohlen wird.

Wenn der siedlungsgeographische und der ökologische Teil zusammengefasst werden, entstehen die integrierten Planungsempfehlungen. Frau Lippke stellt diese vor und geht auch auf noch zu lösende Konflikte, z. B. in Widdersdorf, ein. Hier seien politische Entscheidungen gefragt, welchen Planungsvarianten Vorrang eingeräumt werden soll.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden nach Handlungsempfehlungen im Sozialbereich erklärt Herr Drese, dass es sich bei den sozialbezogenen Daten nicht um Planungen, sondern um die Darstellung des Ist-Bestandes handle. Diese Grundlagendaten aus der Sozialverwaltung seien, z. B. im Hinblick auf die soziale Problematik in Blumenberg, Chorweiler und Volkhoven/Weiler, für die weiteren Überlegungen im stadtplanerischen Bereich sehr wichtig. So gebe es Anregungen, den Bereich Kreuzfeld als Trabantenstadt in der Planung aufzugeben, eben wegen der großen sozialen Problematik, die im Kölner Norden herrsche.

Auch sei es möglich, im regionalen Konsens durch die Fachtagung am 16.06.2008 Anregungen zu bekommen, die in einen Arbeitskreis mit den Nachbarstädten münden, um so gemeinsame Probleme sozialer Infrastrukturen zusammen zu lösen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Kluth dankt Frau Lippke und Herrn Drese für den Vortrag. Man werde bei der nächsten Sitzung darauf zurückkommen und rechtzeitig mit ihnen kommunizieren.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren vertagt die Beschlussvorlage in die Sitzung am 10.04.2008.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ARGE hier: mündliche Anfrage von Herrn Ensmann vom 10.01.2008 0516/2008

Die Beantwortung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.2 Anfrage des Ratsmitgliedes Herr Ünal (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) hier: Abschlussbericht zum Qualifizierungs- und Vermittlungsprojekt im Rahmen der Umsetzung des Bleiberechts 0508/2008

Die Beantwortung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen

4.1 Antirassismus-Training 0123/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4.2 Seniorenvertreterwahl 2006 0450/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4.3 Entlastungsdienste für Menschen mit Demenz 0451/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4.4 Evaluierung neuer Modelle der politischen Partizipation, Experimentierklausel GO NRW 0489/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4.5 Bericht der U 25 Arbeitskonferenz 0511/2008

Herr Santelmann berichtet kurz über den aktuellen Sachstand.

Die zentralen Punkte seien erfasst. Man habe festgestellt, dass der Sozialraumansatz der richtige sei und könne jetzt ermitteln, was im Sozialraum Chorweiler noch zusätzlich benötigt werde, weil es für die Zielgruppe dringend notwendig sei. Inzwischen konnte Herr Dr. Leidel für den Bereich Gesundheit Themen aufgreifen, mit denen sich das Fachamt in einem Arbeitskreis mit Kinderärzten und -psychologen sehr intensiv auseinandergesetzt habe. Hier werde es weiteren Handlungsbedarf geben.

Die fünf wichtigsten Handlungsbedarfe werden durch die Arbeitskreisleiter aufgegriffen, priorisiert und in der nächsten U 25 Arbeitskonferenz am 16.06.2008 vorgestellt.

Anhand zweier Beispiele, Elternarbeit (Stärkung von Familienbildung und Familienberatung) und Zusammenarbeit zwischen Schulen und Betrieben, macht er deutlich, wo konkreter Handlungsbedarf besteht. Es gehe hier um die systematische Entwicklung und Stärkung dieser Bereiche.

RM Herr Kluth bewertet die schnelle Analyse und die Absicht, diese noch bis Sommer 2008 umzusetzen, positiv.

RM Herr Heinen begrüßt dies ebenfalls. Zur Anlage 1, genauer der Priorisierung der Vorschläge, bemängelt er, dass er diese wegen der großen Datenmenge häufig nicht überblicke. Ihm sei beispielsweise nicht klar, weshalb der Vorschlag "Klärung des Verbleibs von Jugendlichen nach der Schulentlassung" mit zusätzlichen Ressourcen, also Kosten, verbunden sei. Wurde diese Aktivität bisher nicht durchgeführt?

Oder weshalb steht auch der Vorschlag "Heranführung an vorhandene Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsangebote" unter Bewertung "2"? Anscheinend koste diese Aktivität im Sozialraum Chorweiler zusätzlich Geld, weil sie dort bisher nicht existiert. Andererseits werde bei der Stadt Köln im Bereich Übergang Schule / Beruf schon vieles getan und koordiniert. Hier stelle sich ihm die Frage, ob etwas Neues geplant sei oder ob man nicht bereits Existierendes nach dort verschieben könne. Zudem interessiere ihn, mit welchen Kosten gerechnet werden müsse.

Ihm sei es wichtig, nicht doppelte Kosten zu zahlen, wenn evtl. Vernetzungen mit anderen Stellen möglich sind.

RM Herr Ensmann betont die Wichtigkeit dieser U 25 Konferenz. Ebenso wichtig sei der ganzheitliche Ansatz, also die Maßnahmen zu bündeln und Verantwortliche zu benennen. Die CDU-Fraktion hoffe, in einem halben Jahr bzw. kontinuierlich einen Bericht zu bekommen, um dieses Projekt positiv begleiten zu können.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung und die mündlichen Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

4.6 Wohnraumförderung aus Mitteln des Landes NRW im Jahre 2008 0580/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

5.1 Sachstand ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln 0522/2008

Herr Müller-Starmann korrigiert die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 10.01.2008. Auf Seite 15 heiÙe es: "Mittlerweile werden 1.100 Menschen auf Basis des Beschäftigungsprogramms nach § 16a SGB II beschäftigt".

Richtig müsse es heißen: "Aus den für § 16a SGB II bereit gestellten Mitteln können in 2008 bis zu 1.100 Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden".

Anschließend geht er auf einzelne Punkte des Sachstandsberichtes ein, wie z. B. die weitere Senkung der Rückstände. Man werde es schaffen, bis Sommer 2008 die Rückstandskonzepte sowohl in den Back-Offices, als auch beim Widerspruchsverfahren soweit umzusetzen, dass eine ordnungsgemäÙe und gesetzeskonforme Beantwortungszeit gewährleistet ist.

Auch hinsichtlich der personellen Situation seien entscheidende Verbesserungen zu erkennen. Sofern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geeignet seien, werden die Verträge für alle 190 Stellen bis 31.12.2010 befristet verlängert. Darüber hinaus sei zugesagt worden, mindestens 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Bundesagentur zusätzlich einstellen zu können. Man werde eine Reihe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über die Stadt Köln einstellen können, sobald die entsprechenden politischen Beschlüsse gefasst seien.

Mit den Beschäftigten, die über Vivento eingestellt wurden, habe man ebenfalls sehr gute Erfahrungen gemacht.

Ausschussvorsitzender RM Herr Kluth bedankt sich für die positiven Ergebnisse. Er hoffe, dass auch die weiteren Schritte, wie die nächste Personalzusetzung und die Einarbeitung, schnell und gut bewältigt werden.

RM Herr Kellner weist auf Seite 3 der Mitteilung hin. Ihm sei aufgefallen, dass die Zahl der Bedürftigen nur um 14,75 %, die Verwaltungskosten jedoch um 44,2 % gestiegen seien. Er möchte wissen, ob dies mit der Aufstockung der ARGE zusammen hänge oder ob dies andere Gründe habe.

Beigeordnete Frau Bredehorst stellt klar, dass das von der Bundesregierung zugewiesene Verwaltungsbudget bekanntermaÙen nicht ausreiche. Der Ausschuss Soziales und Senioren habe in seiner letzten Sitzung selbst kritisiert, dass nur 92 % der Stellen besetzt seien und eine 100 %-ige Stellenbesetzung angemahnt. Diese könne jedoch nur bewerkstelligt werden, wenn ausreichend Verwaltungskosten zur Verfügung stehen. Auch sei bekannt, dass es eine Deckungsfähigkeit zwischen Eingliederungstitel und Verwaltungsbudget gebe und dass nichts anderes möglich sei, als aus dem Eingliederungstitel Geld in das Verwaltungsbudget zu übertragen. Dies werde im kommenden Jahr höher sein als im letzten und viel höher im vorletzten Jahr.

Auf die Frage von RM Herrn Kellner, wie die Steigerung der Neuanträge 2006/2007 von 1.700 im Dezember 2006 auf 2.234 im Januar 2007, das Abfallen im Februar 2007 und die Steigerung im März 2007 zustande kommen, antwortet Herr Müller-Starmann, dass dies eine Folge der gesetzlichen Änderung sei.

SE Herr Neugroda weist auf eine Differenz in Höhe von 1,2 Mio. € zwischen den angesetzten und den tatsächlich ausgegebenen kommunalen Leistungen (Seite 10 der Mitteilung) hin. Er möchte wissen, warum die Mittel nicht abgeflossen, also Möglichkeiten der Finanzierung nicht genutzt worden sind.

Im Eingliederungstitel (S. 9) werden Mittel für Zuschüsse an Personalserviceagenturen (PSA) aufgeführt. Zwar sei der Betrag sehr gering, doch seien nach seinem Kenntnisstand diese Agenturen nicht mehr aktiv, so dass er sich frage, woher dieser Betrag komme.

Herr Müller-Starmann erklärt, dass es sich hierbei um einen Rückblick auf 2007 handle. Für den neuen Haushalt seien keine Mittel für PSA veranschlagt.

Herr Santelmann merkt zur ersten Frage an, dass bei den kommunalen Leistungen ein Soll von 5,6 Mio. € veranschlagt worden sei, tatsächlich aber nur 4 Mio. € ausgegeben worden seien. Ein Grund sei, dass es Jahre gedauert habe, bis bestimmte Strukturen aufgebaut worden seien. In diesem Jahr werden die vollständig gebundenen Mittel aller Voraussicht nach ausgegeben. Oft werden auch Rechnungen aus 2007 erst in 2008 eingereicht.

Herr Müller-Starmann ergänzt, dass tatsächlich nahezu alle Mittel ausgegeben worden seien. Die Mittel, die bis zum 31.12.2007 noch nicht abgerechnet waren, seien auch nicht in den Ist-Ausgaben enthalten. Etwa 20.000 € seien übrig, die auch jetzt nicht mehr abrechnungsfähig seien.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Aussagen zur Kenntnis.

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

6.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 01/2008 0597/2008

Frau Reinecke schätzt das Gespräch mit der DB (Bahn AG) grundsätzlich positiv ein, da die Bereitschaft zu weiteren Auseinandersetzungen auf allen Seiten gegeben sei und künftige Arbeitstreffen angeregt worden seien. Konkret gebe es am 18.02.2008 mit Herrn Kradepohl eine Begehung im Bahnhof Deutz gemeinsam mit blinden Personen. Frau Reinecke weist auch auf die anderen in der Mitteilung aufgeführten Vereinbarungen hin, z. B. Einladungen an die Mitglieder der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen zu regelmäßig stattfindenden Schulungen für Service-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter bei der Bahn.

Deutlich geworden sei, dass es Grenzen auf unterschiedlichen Ebenen gebe. So werde es 20 Jahre und länger dauern, bis bestehende Fahrzeugtypen nicht mehr eingesetzt werden. Bis dahin müsse immer wieder auf Bund, Land und Kommune Einfluss genommen werden. In der nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft werde geprüft, ob bestimmte Beschlussempfehlungen an den Verkehrsausschuss notwendig sind.

SE Herr Ladenberger beurteilt das Treffen mit der DB nicht so positiv wie seine Vorrednerin. Zentrale Aussage sei der letzte Punkt der Mitteilung, dass durchgängige Barrierefreiheit im Regionalverkehr auf längere Sicht nicht hergestellt werden könne. Ein Grund seien die be-

grenzten Einflussmöglichkeiten der Stadtarbeitsgemeinschaft Köln. Viele Fragen müssten eher auf Bundesebene geklärt werden, wo es auch Bemühungen gebe. Allerdings komme Nordrhein Westfalen bisher kaum in den veröffentlichten Zwischenberichten vor. Trotzdem sollten die Angebote zum Gespräch bzw. zu Kooperationen nicht ausgeschlagen werden. Wichtig sei, dass das Thema "Behinderung" ins Bewusstsein komme und dies nicht nur im Rahmen einer zu erfüllenden Gesetzesnorm. Vielmehr gehe es darum, nachzuvollziehen, was Barrierefreiheit tatsächlich bedeutet.

RM Herr Helling bittet, die Mitteilung auch in den Verkehrsausschuss zu geben.

Ausschussvorsitzender RM Herr Kluth spricht die noch offene Frage an, Herrn Kradepohl zu einer Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren einzuladen. Nach einem Gespräch mit der Beigeordneten habe man sich entschieden, ihn auf Dezernatsebene einzuladen und anschließend im Ausschuss zu berichten.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung und die mündlichen Informationen der Behindertenbeauftragten zur Kenntnis.

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

8.1.1 Projekt Disability Management (DIMA) hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 21.12.2007 AN/1723/2007

**Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 21.12.2007
hier: Projekt Disability Management (DiMa) der ARGE
0513/2008**

RM Herr Kellner bedankt sich für die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung.

Auf Nachfrage von SE Herrn Ladenberger nach den mit der Klärung der gesundheitlichen Einschränkungen verbundenen Wartezeiten, antwortet Herr Müller-Starmann, dies beanspruche leider etwa 3 bis 5 Monate. Das sei derzeit nicht zu ändern und hänge mit der Personalsituation der ARGE zusammen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die umgedruckte Stellungnahme und die mündlichen Ausführungen zur Kenntnis.

8.1.2 Situation der Wohnungslosen in Köln
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 21.12.2007
AN/1724/2007

Beantwortung der Anfrage bezüglich der Situation der Wohnungslosen in Köln
0057/2008

RM Herr Kellner bedankt sich für die Beantwortung, in der jedoch der Punkt fehle, ob die Stadt Köln Streetworker für Obdachlose einsetzt.

Herr Krütt-Hüning informiert darüber, dass die Stadt Köln bereits seit 1994 sogenannte "ambulante Begleitungen" eingerichtet habe, die jedoch nicht nur explizit als reine Streetworker, sondern sowohl auf der Straße, als auch begleitend im vermittelten Wohnraum, eingesetzt seien. Dies sei bei allen Trägern, die Obdachlose begleiten, so organisiert. Insgesamt leisteten 60 bis 80 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter diese Arbeit in Köln.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Stellungnahme der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen zur Kenntnis.

8.1.3 Bedarfsgerechtes Wohnraumangebot in Köln
hier: Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.01.2008
AN/0019/2008

RM Herr Helling bezeichnet es als ungünstig, dass die Beantwortung im nichtöffentlichen Teil vorgenommen wurde, obwohl die Fragen selbst und auch der größte Teil der Antworten durchaus im öffentlichen Teil hätten diskutiert werden können. Er bittet nach Klärung dieses Problems, die Stellungnahme auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen, da die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch keine Gelegenheit hatte, die als Tischvorlage umgedruckte Beantwortung zu prüfen.

Beigeordnete Frau Bredehorst erklärt, die Fragen seien zu ausführlich beantwortet worden, so dass die Beantwortung in den nichtöffentlichen Teil aufgenommen wurde. Sie schlägt vor, zur nächsten Sitzung die nichtöffentlichen Teile der Beantwortung zu entfernen und die Beantwortung im öffentlichen Teil vorzusehen.

Ausschussvorsitzender RM Herr Kluth regt an, dann auch den Punkt 16.1 heute aus der Tagesordnung zu nehmen.

Die Ausschussmitglieder stimmen den Vorschlägen einvernehmlich zu.

8.2 Aktuelle Anfragen

8.2.1 Sozialarbeit in Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 21.01.2008
AN/0168/2008

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

8.2.2 Wohnraumförderungsgesetz (WoFG)
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 22.01.2008
AN/0179/2008

Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln zum Wohnraumförderungsgesetz (WoFG)
0479/2008

RM Herr Kellner bittet, zur nächsten Sitzung Fragen stellen zu können, da die Beantwortung als Tischvorlage umgedruckt war.

Die Beantwortung wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen.

8.2.3 Integrationsarbeit in der ARGE Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.02.2008
AN/0225/2008

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

8.2.4 Integration in den ersten Arbeitsmarkt
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 08.02.2008
AN/0230/2008

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

9.1 Verfahren zur Umsetzung der Anschubfinanzierung für in Gründung befindliche Interkulturelle Zentren bereits vor Anerkennung als Interkulturelles Zentrum nach der Richtlinie zur Anerkennung und Förderung von Interkulturellen Zentren vom 29.10.2007
0243/2008

SE Herr Krücker meldet dahingehend Bedenken an, als dass eine Anschubfinanzierung zu Lasten des bestehenden Systems der Interkulturellen Zentren gehe. Die kommunale Förderung sei ausgesprochen knapp bemessen und es könne somit zu einer Reduzierung der Förderung kommen.

RM Herr Ensmann zeigt sich ebenfalls nicht überzeugt von der Verwaltungsvorlage. Bei Beschluss werde die CDU-Fraktion eine Anfrage an das Rechnungsprüfungsamt stellen mit der Bitte um Prüfung der Ordnungs- und Rechtmäßigkeit.

SB Herr Pohl sieht dies ähnlich. Die FDP-Fraktion habe mit dem Verfahren auch inhaltlich Probleme.

Frau Fohlmeister erklärt, man sei gebeten worden eine Konkretisierung der Beschlusslage herbeizuführen. Die Vorlage sehe vor, dass eine Anschubfinanzierung nur erfolgen könne, wenn die ordentlichen Fördermittel nicht ausgeschöpft wurden.

Beigeordnete Frau Bredehorst ergänzt, es werde jetzt nicht darüber entschieden, ob Zentren in Gründung gefördert werden oder nicht. Dies sei bereits mit der Richtlinie, die vom Ausschuss verabschiedet worden sei, entschieden worden. Die aktuelle Vorlage sei lediglich das vom Ausschuss geforderte Verfahren. Ganz wichtig sei, dass die Verwaltung nicht ohne Beschluss des Rates tätig werde.

Nach einer weiteren Diskussion stellt der Ausschussvorsitzende die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt zur Anschubfinanzierung für in Gründung befindliche Zentren bereits vor der Anerkennung als Interkulturelles Zentrum nach der Richtlinie zur Anerkennung und Förderung von Interkulturellen Zentren vom 29.10.2007 das in Anlage 1 dargestellte Verfahren zur Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP.

**9.2 Förderung von Frauenprojekten im Sozialbereich (2008)
0171/2008**

**Förderung von Frauenprojekten im Sozialbereich (2008)
Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 13.02.2008
AN/0273/2008**

RM Herr Ensmann spricht zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Dadurch, dass die beiden Projekte "FrauenLeben" und "Frauen gegen Erwerbslosigkeit" zusätzlich je 40.000 € durch die ARGE erhielten, habe die Stadt Köln die Möglichkeit, die den beiden Projekten verbliebenen Deckungslücken vollständig zu decken, so dass sie nicht mehr defizitär seien. Dadurch reduziere sich der Zuschuss für die anderen beiden Projekte "Hagazussa" und "Agisra". Ansonsten blieben alle vier Projekte defizitär, was die CDU-Fraktion vermeiden wolle.

RM Herr Helling hebt den frauenparteiischen Ansatz aller Projekte hervor. Es bestehe bei allen eine große, weiter steigende Nachfrage nach den angebotenen Beratungsleistungen. Auch würden die Projekte mit einer hohen Professionalität ausgeführt und hätten sich in den letzten Jahren weiter ausdifferenziert. Dennoch haben sie in etwa die gleichen Finanzmöglichkeiten und in etwa den gleichen Umfang an Arbeit und Zulauf, so dass in der Vergangenheit immer die gleichen Mittel verteilt worden seien.

Herr Helling ruft eine Untersuchung im Unterausschuss Selbsthilfe in Erinnerung, in dem versucht worden sei, Kriterien für die Arbeit zu finden, so dass unterschiedliche Finanzierungen möglich sind. Man habe jedoch keine adäquaten Messinstrumente gefunden. Insofern sollte, auch wenn jetzt für zwei Projekte zusätzliche Zuschüsse von der ARGE bewilligt wurden, dieses Prinzip beibehalten werden und sollten alle Projekte den gleichen Zuschuss erhalten. Er rate daher davon ab, den Änderungsantrag zu beschließen und befürworte, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen.

Nach einer weiteren Diskussion lässt der Ausschussvorsitzende zunächst über den Änderungsantrag abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die für das Jahr 2008 im Haushalt eingestellten Mittel in Höhe von 100.000 € zur Förderung von Frauenprojekten im Sozialbereich wie folgt zu verteilen:

Hagazussa e.V.	37.200,00 €
Agisra e.V.	37.200,00 €
„Frauen leben“ e.V.	13.100,00 €
Frauen gegen Erwerbslosigkeit e.V.	12.500,00 €

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende über die Verwaltungsvorlage abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, die Frauenprojekte

- Feministisches Frauengesundheitszentrum „Hagazussa e.V.“,
- Agisra e.V.,
- FrauenLeben e.V. und
- Frauen gegen Erwerbslosigkeit e.V.

mit Haushaltsmitteln entsprechend der Anlage 1 zu fördern, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2008.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten die Zuschüsse 2008 unverzüglich auszuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

11.1 Rahmenkonzept der Kölner Bürgerhäuser und Bürgerzentren - Neufassung 4848/2007

Zurückgezogen!

11.2 Fortsetzung des Öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft gemäß § 44 b SGB II zwischen der Agentur für Arbeit Köln und der Stadt Köln (ARGE-Vertrag) 4529/2007

RM Herr Kluth spricht sich namens der SPD-Fraktion für eine Fortsetzung des ARGE-Vertrages aus, auch wenn dies für die Stadt Köln mit Mehrkosten verbunden sei. Herr Kluth berichtet von anderen Kommunen, in denen der kommunale Finanzierungsanteil meistens 12,6 %, teilweise sogar 16 % bis 17 %, betrage. Es gehe jetzt darum, eine Vertragskündigung durch die Agentur für Arbeit zu verhindern. Man wisse, dass noch Änderungen bis 2010 zu erwarten seien. Um jedoch weiterhin eine vernünftige Arbeit leisten zu können, sei die SPD-Fraktion zu der Überzeugung gelangt, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen.

RM Herr Ensmann stimmt seinem Vorredner zu, es sei wichtig, eine Kündigung des ARGE-Vertrages zu verhindern. Wenn man Vor- und Nachteile des Vertrages gegenüberstelle, könne man sich nur gegen eine Vertragskündigung aussprechen. Daher werde auch die CDU-Fraktion der Verwaltungsvorlage zustimmen.

RM Herr Helling erinnert an die letzte Ratssitzung am 29.01.2008, in der über den Antrag diskutiert wurde, zusätzliches Personal für die ARGE zur Verfügung zu stellen. Bereits damals habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen deutlich signalisiert, dass sie sowohl das alte Kölner Modell, als auch dessen Transformation in die Kölner ARGE-Konstruktion für sinnvoll und zukunftsorientiert halte. Insofern bestehe keine Notwendigkeit für eine Vertragskündigung. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme daher der Vorlage ebenfalls zu und hoffe, dass auch mit anstehenden Neuformationen ab 2010 der bewährte Kölner Weg fortgeführt werde.

SB Herr Pohl räumt ein, bei einer Vertragskündigung sei mit immensen Schäden für die Hilfesuchenden zu rechnen. Da jedoch die FDP-Fraktion noch internen Diskussionsbedarf habe, kündigt er an, sich bei der Abstimmung zu enthalten.

SE Herr Krücker begrüßt aus Sicht der Träger die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen der Agentur für Arbeit und der Stadt Köln in dieser Form. Ihn interessiere, wie hoch die Kosten der Maßnahme seien und ob der Betrag sofort zugunsten des Eingliederungstitels eingesetzt werde.

Herr Müller-Starmann bestätigt dies ausdrücklich und informiert darüber, dass es sich um 3,6 Mio. € handle. Er dankt allen Beteiligten auch im Namen aller Beschäftigten der ARGE.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, von der im Jahr 2008 erstmalig bestehenden Möglichkeit zur Kündigung des ARGE-Vertrages keinen Gebrauch zu machen. Der kommunale Finanzierungsanteil wird für das Jahr 2008 von derzeit 8% auf 12,6% erhöht, sofern die Agentur für Arbeit ihrerseits den ARGE-Vertrag nicht kündigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

12.1 Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hier: Empfehlung zu Induktionsanlagen für hörgeschädigte Menschen 0283/2008

Die Stellungnahme der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

13 Anfragen

**13.1 Anfrage der SE Frau Kleinpaß-Börschel vom 14.02.2008
Pflegerische Angehörige mit Sozialhilfeanspruch**

SE Frau Kleinpaß-Börschel spricht die Situation von Menschen an, die auf Sozialhilfe angewiesen seien und zwar pflegende Angehörige, die einen an Demenz erkrankten Menschen rund um die Uhr betreuen und bisher noch nicht vom Pflegeleistungsergänzungsgesetz profitieren konnten. Es handle sich in der Mehrzahl um viele ältere Migranten, vorwiegend Menschen jüdischen Glaubens, die in den 90er Jahren als sog. "Kontingent-Flüchtlinge" aus den Sowjetrepubliken nach Deutschland eingewandert seien.

Die Bundesrepublik betrachtete die Zuwanderung dieser Menschen damals als so etwas wie eine "Wiedergutmachung für erlittenes Leid" während des Nationalsozialismus. Tatsächlich bleibe jetzt gerade diese Gruppe von einer solchen Regelung ausgeschlossen und erhalte keinerlei Leistungen bzw. Unterstützung.

Sie bitte daher als Seniorenvertreterin um eine ausführliche schriftliche Stellungnahme, wie diesen Menschen geholfen werden könne.

**13.2 Anfrage der SE Frau Kleinpaß-Börschel vom 14.02.2008
Monatskarte für Kölnpass-Empfänger**

SE Frau Kleinpaß-Börschel spricht die Situation von Köln-Pass-Empfängern an.

Die Preise der Kölner Verkehrsbetriebe für Fahrkarten hätten sich erhöht. So sei der Preis für eine Monatskarte von 25 € auf 28 € gestiegen, was bei einem geringen Einkommen schon viel sei. Hinzu komme, dass diese Monatskarte morgens erst ab 9.00 Uhr gelte und daher insbesondere von Müttern, die ihre kleineren Kinder zur Schule begleiten wollen, nicht nutzbar sei. Auch ältere Menschen, die morgens zum Arzt müssen, könnten diese Monatskarte oft nicht benutzen.

Sie bitte daher die Verwaltung, mit der KVB zu verhandeln, um eine Änderung erreichen.

Die Beigeordnete Frau Bredehorst sagt zu, man werde sich mit der KVB in Verbindung setzen und danach eine Stellungnahme abgeben.

**13.3 Anfrage des RM Frau Holländer vom 14.02.2008
 Betreuung des Ortsteils Lindweiler durch die ARGE**

RM Frau Holländer wendet sich an Herrn Müller-Starmann und erwähnt, dass der Ortsteil Lindweiler nicht von der ARGE am Standort Chorweiler, sondern im Kölner Süden betreut werde. Sie bittet, dies kurzfristig zu ändern.

genehmigt:

gez. Bredehorst
(Beigeordnete)

gez. Kluth
(Vorsitzender)

gez. Bültge
(Schriftführerin)